

Forderung nach einer gemeinsamen Lösung

BILDUNG Zukunft der Schulsozialarbeiter ist weiter ungewiss – Entscheidung Ende September

VON ANA SCHUMACHER OSTRIC

Für zehn Schulsozialarbeiter ist die nächste Ratssitzung richtungsweisend. Am 29. September geht es im Rat um die Finanzierung ihrer Tätigkeit – mal wieder. Entweder die Politiker finden eine Lösung, wie die Gehälter ab 2015 gezahlt werden; oder die Schulsozialarbeiter können sich am nächsten Tag arbeitslos melden. Ihre Verträge laufen Ende 2014 aus.

Bei einem Pressegespräch appellierten die fünf bei der Katholischen Jugendagentur angestellten Sozialarbeiter sowie Vertreter der weiterführenden Schulen, an denen sie tätig sind, an Politik und Verwaltung, eine gemeinsame Lösung zu finden. „Politische Ränkespiele brauchen wir nicht“, betonte Michael Hirth von der Katholi-

schen Jugendagentur. Wie wichtig die Betreuung von Schülern und Eltern durch die Sozialarbeiter ist, ist im Rat unstrittig. Dennoch wurde die Hoffnung auf ein mehrheitsfähiges Konzept in der vergangenen Ratssitzung zerschlagen.

Kritik am Verwaltungs-Vorschlag

Den Vorschlag der Verwaltung, die Grundsteuer B anzuheben und so die jährlich benötigten 650 000 Euro einzunehmen, kritisierten SPD und FDLev. Eine Mehrbelastung für alle Bürger solle vermieden werden. In geheimer Abstimmung gab es eine Mehrheit für den SPD-Gegenvorschlag.

Der wiederum ist nach Ansicht von Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn gesetzeswidrig. Er beanstandete am Dienstag den Ratsbeschluss. Das Geld, das die Stadt

für den inzwischen beendeten Rechtsstreit mit Rossmann zurückgelegt hat, dürfe nicht anderweitig verwendet werden.

Denkt die SPD nun um und stimmt der Steuererhöhung zu? „Das kann ich heute nicht beantworten“, sagte Fraktionsgeschäftsführer Mike Busse-Lepsius. Das „Nein“ des Oberbürgermeisters wolle man nicht so einfach akzeptieren. In den nächsten Tagen werde die Fraktion deshalb Experten in Sachen Haushaltsrecht nach ihrer Meinung befragen. Eventuell, so Busse-Lepsius, sei die Argumentation aus dem Rathaus anfechtbar. Das wiederum müsste dann die Bezirksregierung klären – ein Prozedere, das weitere Zeit kostet. Dass die Zeit für die Betroffenen drängt, sei ihm bewusst, so Busse-Lepsius. Viel-

leicht finde sich bis zur Ratssitzung noch eine andere Finanzierungsmöglichkeit außer der Steuererhöhung. Bernhard Marewski (CDU) hält letztere für „alternativlos“: In die Jugend dieser Stadt zu investieren, sei eine Aufgabe, die alle Bürger angehe.

Vielfältige Probleme

So sehen es auch die Praktiker, die Schulsozialarbeiter und Pädagogen. „Der Politik fehlt es an Weitsicht“, kritisierte Bernd Kunz, Schulleiter des Geschwister-Scholl-Berufskollegs. Petra ter Horst, Konrektorin der Montanus-Realschule wies auf die vielfältigen Probleme hin: „Die Schülerschaft hat sich verändert. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, Geld in die Hand zu nehmen, um sie zu unterstützen.“